

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 5/26/2006 8:39:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 01.06.2006, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen Stadtverordnetenvorsteherin

ANLAGE

2. Fragestunde

3. **06-S-00-0026**

Einführung und Verpflichtung von Herrn Stadtv. Manfred Laubmeyer als ehrenamtlicher Stadtrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

4. 06-F-02-0018

Spielsucht vermeiden - Monopol halten - Sport stärken
Antrag der CDU - Stadtverordnetenfraktion

Vorbemerkungen:

Nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung können Glücksspiele und Wetten zu krankhaftem Suchtverhalten führen.ⁱ Schätzungen beziffern den Anteil der potentiell Spielsüchtigen auf 12-18 %.

Die Errichtung eines staatlichen Wettmonopols für Sportwetten soll den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete Bahnen lenken. Sie ist gerechtfertigt, wenn es konsequent am Ziel der Bekämpfung von Suchtgefahren ausgerichtet ist.ⁱⁱ

Ein erheblicher Teil der Einnahmen staatlicher Sportwetten, Zahlenlotterien und Zusatzlotterien werden zur Förderung sportlicher, sozialer und kultureller Zwecke verwendet. So erhielt z.B. der Landessportbund Hessen in 2005 von LOTTO Hessen über 19 Mio. €ⁱⁱⁱ

Terrestrisch wie im Internet nimmt die Zahl der nicht konzessionierten Anbieter dramatisch zu: Allein in Hessen sind mehr als 250 terrestrische illegale Anbieter tätig. Der Sportwettenmarkt verschiebt sich zugunsten dieser Illegalen: In den Jahren 2002-2005 hat sich der Sportwettenmarkt auf 1,8 Mrd. € verdreifacht. Gleichzeitig ist der Anteil der Sportwette ODDSET, die von den im Deutschen Lotto- und Totoblock zusammengeschlossenen Lotterieunternehmen der Länder angeboten wird, um 25 % gesunken.

Eingedenk dieser Vorbemerkungen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sofort die Schließung aller terrestrischen Einrichtungen in Wiesbaden, in denen ohne die Erlaubnis einer dafür zuständigen hessischen Behörde Sportwetten angeboten werden, anzuordnen und die entsprechenden Verfügungen sofort zu vollziehen;
2. bei Zuwiderhandlungen gegen entsprechende Verfügungen Zwangsgeld anzudrohen und unmittelbar Vollstreckungsmaßnahmen zu ergreifen;
3. gegen Werbung im öffentlichen Raum für konzessionslose Internetanbieter von Sportwetten vorzugehen.

1. Vgl. Gerhard Meyer / Tobias Hayer: Das Gefährdungspotenzial von Lotterien und Sportwetten. Bremen 2005.

2 BVerfGE v. 28 März 2006 (1 BvR 1054/01). Vgl. auch § 1 Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland.

3 Vgl. § 3, Abs. 2, Nr. 1 Hess. Gesetz über staatliche Sportwetten i.d.F.v. 03.11.1998.

5. 06-F-01-0019

Keine Einführung von Studiengebühren
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.05.2006 -

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 01.06.2006

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Protest der Studenten der Fachhochschule Wiesbaden und teilt die Bedenken ihres Präsidenten, Prof. Dr. Clemens Klockner, gegen die geplante Einführung von Studiengebühren.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert mit allem Nachdruck an die Hessische Landesregierung, ihre Pläne für Studiengebühren für das Erststudium zurückzuziehen und Alternativen für eine bessere Finanzausstattung der Hochschulen zu erarbeiten.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert ferner die Wiesbadener Landtagsabgeordneten auf, sich für den Hochschulstandort Wiesbaden zu entscheiden und eine Einführung von Studiengebühren abzulehnen.

6. 06-F-25-0001

Auswirkungen der Studiengebühren in Hessen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 23.05.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat

- a.) zu ermitteln, ob und welche Auswirkungen die Einführung von Gebühren für das Erststudium und nicht-konsequente Masterstudiengänge in Hessen auf
 - die Auslastung der Wiesbadener Fachhochschule mit 19 Fachbereichen und 37 Studiengängen und derzeit circa 8.100 Studierenden
 - denkbare Abwanderungstendenzen in den benachbarten Hochschulstandort Mainz
 - die Finanzausstattung der Wiesbadener Fachhochschule
 - die Bildungschancen und die Möglichkeit einer akademischen Karriere von jungen Menschen insgesamt sowie von jungen Menschen aus sozial benachteiligten Familien und von jungen Menschen mit Migrationshintergrund
 - das kulturelle Leben, die Arbeitsmarktentwicklung und das wirtschaftliche Leben in der Landeshauptstadt Wiesbaden hätte.
- b.) über die Ergebnisse dieser Prognosen detailliert zu berichten.
- c.) ein Handlungskonzept zu entwickeln, das dem Standort Wiesbaden in jedem Fall eine hinreichende Attraktivität für Studierende verleiht. Hierbei sind insbesondere Maßnahmen zur Erweiterung des Angebots an preisgünstigem Wohnraum sowie zum Ausbau des kulturellen Angebots für Studierende zu berücksichtigen.

7. 06-F-04-0002

Sauberkeit und Ordnung in Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 22.05.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zu berichten wie er Ordnung und Sauberkeit in der Stadt verbessern will.

8. 06-F-07-0002

Baumschutzsatzung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BLW vom 23.05.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, baldmöglichst eine modifizierte Baumschutzsatzung für Wiesbaden vorzulegen.

9. 06-F-06-0005

Keine Einführung von Studiengebühren - Bildung für alle
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 23.05.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden protestiert gegen die Einführung von Studiengebühren im Lande Hessen und fordert die unverzügliche Rücknahme dieses Beschlusses.

10. 06-S-00-0025

Wahl von Beisitzerinnen und Beisitzern für den Widerspruchsausschuss

11. 06-S-00-0024

Wahl von Stadtverordneten oder in der Jugendhilfe erfahrenen Frauen und Männern in den Jugendhilfeausschuss

12. 06-F-01-0020

Realisierung zentrales Mahnmahl
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.05.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung hebt ihre Beschlussfassung zum zentralen Mahnmal auf und befürwortet nachdrücklich die Umsetzung des Entwurfs der renommierten Künstlerin Jenny Holzer.

Der Magistrat wird aufgefordert, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 2003 zur Realisierung des Mahnmals nunmehr zeitnah in die Tat umzusetzen.

13. 06-F-01-0021

Gestaltungssatzung
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion

Nicht nur durch die jüngste Medienveröffentlichung über den Neubau in der Felsenstraße 47 zeigen sich Bürger und Bauträger verunsichert darüber, wie, wo und in welchem Umfang in Wiesbadener Straßen gebaut und „nachverdichtet“ werden darf. Um den Bürgern Richtlinien an die Hand zu geben und eine dem Stadtbild nicht angemessene wilde Bautätigkeit einzudämmen, bedarf es einer Gestaltungssatzung für das gesamte Stadtgebiet, die die aus dem Jahre 1979 stammende Gestaltungssatzung ablöst.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird deshalb aufgefordert,

- schriftlich zu berichten, in welchem Erarbeitungsstadium sich die Gestaltungssatzung für die Landeshauptstadt Wiesbaden befindet;
- den Entwurf für eine Gestaltungssatzung schnellstmöglich abzuschließen und den städtischen Körperschaften zur Beschlussfassung vorzulegen.

14. 06-F-07-0001

Parkpflege
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BLW vom 23.05.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass

1. die im Parkpfliegewerk für den Kurpark enthaltenen vorgeschlagenen Maßnahmen ohne Aufschub durchgesetzt werden,
2. für die anderen denkmalgeschützten Parks ähnliche Maßnahmenkataloge erarbeitet und angewandt werden, die den kulturhistorischen und landschaftsgärtnerischen Bestand der Anlagen sowie ihren Erholungscharakter für alle Bevölkerungsschichten sichern,
3. für die denkmalgeschützten Parks modifizierte Parkordnungen eingeführt werden, die geeignet sind, zerstörerische und vandalistische Aktivitäten in den Anlagen zu unterbinden.

15. 06-F-06-0004

Änderung der Entgeltauszahlungen städtischer Angestellter
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 23.05.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden legt den Zahltag für die Entgelte auf den letzten Werktag eines jeden Monats fest.

16. 06-F-06-0006

Mieterschutz für Bezieher/innen von Leistungen nach dem SGB II
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 23.05.2006 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Den Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen nach dem SGB II wird ab dem 1.1.2006 der Mitgliedsbeitrag beim Mieterschutzverein Wiesbaden und Umgebung e.V. durch das Amt für Soziale Arbeit erstattet.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 05-V-61-0047

DL 13/06-1, 10/06-1

Richtlinie zur Sondernutzungssatzung

ANLAGE

2. **05-V-66-0105**

DL 13/06-2, 10/06-2

Bleichstraße / Platz der deutschen Einheit;
Einziehung einer öffentlichen Verkehrsfläche (Teilfläche)

3. **06-V-04-0009**

DL 14/06-1

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Städtebau, Architektur und
Baukultur der Landeshauptstadt Wiesbaden am 16.03.2006

4. **06-V-05-0011**

DL 12/06-2

Herbstmarkt - Vorzeitige Mittelfreigabe

5. **06-V-05-0015**

DL 12/06-3

Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden am Hessentagsfestzug in Hessisch
Lichtenau am 04. Juni 2006

6. **06-V-20-0013**

DL 12/06-5

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2005 genehmigten über- und
außerplanmäßigen Ausgaben

7. **06-V-20-0015**

DL 12/06-6

Investitionscontrolling 1. Quartal 2006

ANLAGE

8. **06-V-33-0004**

DL 12/06-7

Erweiterung des Kassen- und Zahlungssystems im Einwohner- und
Integrationsamt und dem Amt für Verkehrsüberwachung und Gefahrenabwehr

9. **06-V-36-0009** **DL 15/06-1**
Teilnahme am Projekt Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement
10. **06-V-36-0020** **DL 15/06-4**
Überwachungsprogramm Altablagerungen 2006: Mittelfreigabe
11. **06-V-41-0008** **DL 14/06-5**
Vorabfreigabe III. Quartal 2006 Bereich Kultur
12. **06-V-51-0009** **DL 12/06-11**
Bezuschussung von 5 Krippenplätzen in der Kinderkrippe der Dyckerhoff Kindervilla e.V.
13. **06-V-51-0010** **DL 12/06-12**
1) Neue Ausführungsrichtlinien Betriebs- und Investitionszuschüsse im Bereich Kindertagesstätten
2) Zuschussverträge für Elternvereine im Bereich Kindertagesstätten
14. **06-V-51-0012** **DL 14/06-6**
Grundsicherung für Arbeitsuchende;
Schaffung von notwendigen Planstellen
15. **06-V-61-0012** **DL 15/06-5**
Bahnhofsplatz Neugestaltung; Freigabe von Planungsmitteln

16. **06-V-64-0004** **DL 12/06-13**
Beschaffung - Prüfgeräte für elektrotechnisch unterwiesene Personen gemäß GUV 2.10.
17. **06-V-66-0210** **DL 14/06-7**
Mittelmehrbedarf zur Einrichtung der Tempo-30-Zonenregelung Waldstraße und Teutonenstraße, Wiesbaden-Biebrich
18. **06-V-66-0217** **DL 15/06-7**
Handyparken - Weiterführung des Probebetriebs
19. **06-V-66-0308** **DL 14/06-8**
Neu- und Ersatzbeschaffung von Straßenbeleuchtungsanlagen in Wiesbaden und AKK
20. **06-V-66-0310** **DL 12/06-14**
Energiekontrakt öffentliche Straßen
21. **06-V-69-0008** **DL 14/06-9**
Wohnungsbauprogramm 2006 - 2. Kontingentanmeldung
Standardwohnungsbauprogramm

Tagesordnung III

1. **05-V-51-0049** **DL 12/06-1**
Sicherung der gesunderhaltenden Ernährung in städtischen Kindertagesstätten

2. 06-V-10-0012

DL 14/06-2

Zusetzung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan 2006/2007 im Bereich Repräsentation

3. 06-V-10-0013

Ehrung von ausgeschiedenen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats und der Ortsbeiräte

ANLAGE

4. 06-V-36-0014

DL 12/06-8

Fortführung des betrieblichen Umweltberatungsprogramms ÖKOPROFIT in 2006

5. 06-V-36-0016

DL 15/06-2, 14/06-3

Bebauungsplanentwurf "Im Katzenbusch" im Ortsbezirk Delkenheim
- Satzungsbeschluss -

ANLAGE

6. 06-V-40-0005

DL 12/06-9

Wilhelm-Leuschner-Schule; Erneuerung der Heizkesselanlage und PCB-Sanierung der Turnhalle

7. 06-V-40-0009

DL 12/06-10

Jahresrechnung 2005; Genehmigung überplanmäßiger Mittel zur Deckung von Ausgabenüberschreitungen in den Deckungskreisen 43103 (Sachausgaben Schulamt Wiesbaden) und 43104 (Sachausgaben Schulamt AKK)

8. **06-V-80-2314** **DL 12/06-16**
Vergabe eines Erbbaurechtes für das Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei
9. **05-V-82-0011** **DL 13/06-3, 10/06-3**
Wirtschaftsplan 2006/2007 der Kurbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Tagesordnung IV

1. **06-V-20-0016** **DL 14/06-1 NÖ**
MBA Wiesbaden; Widerruf der Patronatserklärung gegenüber dem Regierungspräsidium Darmstadt
2. **06-V-20-0017** **DL 14/06-2 NÖ**
Bürgschaft Nr. 528 a und b - Übernahme von modifizierten Ausfallbürgschaften zugunsten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH (GeWeGe)
3. **06-V-20-0018** **DL 14/06-3 NÖ**
Bürgschaft Nr. 527 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH (GeWeGe)
4. **06-V-80-2311** **DL 14/06-4 NÖ**
Verkauf zweier Teilflächen aus dem städtischen Grundstück Gemarkung Kastel, Flur 2, Flst. 127/4 und Ankauf einer Teilfläche aus dem Grundstück Kastel, Flur 2, Flst. 16

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

